

### **Sammelrez: Konservatismus: Idee, Parteien und Milieus**

Green, Ewen H. H.: *Ideologies of Conservatism. Conservative political Ideas in the Twentieth Century*. Oxford: Oxford University Press 2002. ISBN: 0-19-820593-7; 309 S.

Alexander, Matthias: *Die Freikonservative Partei 1890-1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie*. Düsseldorf: Droste Verlag 2000. ISBN: 3-7700-5227-7; 421 S.

Mannheim, Karl: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 2003. ISBN: 3-518-28078-3; 288 S.

Geppert, Dominik: *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979*. München: Oldenbourg Verlag 2002. ISBN: 3-486-56661-X; 463 S.

Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001. ISBN: 3-421-05438-X; 575 S.

Bösch, Frank: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2002. ISBN: 3-421-05601-3; 312 S.

Bösch, Frank: *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik (1900-1960)*. Göttingen: Wallstein Verlag 2002. ISBN: 3-89244-501-X; 266 S.

Gauland, Alexander: *Anleitung zum Konservativsein*. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2002. ISBN: 3-421-05649-8; 131 S.

**Rezensiert von:** Jens Hacke, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Die politischen Bewegungen der Moderne, ob Liberalismus, Nationalismus oder Sozialismus, aber auch die Ideologien des Faschismus und Nationalsozialismus, sind eingrenz- bare Bereiche ideengeschichtlicher und politiktheoretischer Forschung. Nicht nur sind ihre Vordenker und der kanonische Bestand der

Lehre beschreibbar, zudem lassen sich diese Ideengebäude – mit etwas Mühe, zugeben – inhaltlich auf den Begriff bringen: Freiheit, Nation, Gleichheit, Macht, Rasse, das sind (oder waren) jeweilige Kernelemente und Ausgangspunkte politischen Denkens. Quer dazu steht der Konservatismus. Noch jeder Ideenhistoriker, der sich daran versucht, die materialen Gehalte konservativen Denkens zu fixieren, scheiterte an diesem schwierigen Unterfangen. Schnell bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass der Konservatismus als reaktives Phänomen zur steten Anpassung, zur Transformation verdammt ist. Allenfalls habituelle Präferenzen des Konservativen, die sich in der Hochschätzung von Heimat, Familie, Tradition und Religion ausdrücken können, lassen sich in aller Vagheit ausmachen. Mit Blick auf das Politische hingegen verschwimmen die Konturen, denn zu oft hat sich das ideelle Bezugssystem des Konservativen gewandelt. Der dem Mittelalter nachhängende Romantiker, der preußische Bürokrat, der alldeutsche Monarchist, der nationale Extremist – sie alle wurden binnen eines Jahrhunderts in Deutschland mit dem Attribut konservativ versehen.

Schon für die Epoche des Vormärz verließ den Wissenssoziologen Karl Mannheim das Vertrauen, mit seiner Unterscheidung zwischen vorreflexivem Traditionalismus und nachaufklärerischem Konservatismus weiterzuarbeiten. Das Kapitel über Hegel und den Konservatismus schrieb er bekanntlich nicht, zu sehr irritierte ihn Hegels Methodik, Sein und Sollen zusammenzudenken und die Idee in der vorhandenen Wirklichkeit zu entdecken und dabei gleichzeitig einem konservativen Denkstil zu folgen. Trotzdem lehrt die Wiederauflage von Mannheims einflussreicher Konservatismus-Schrift immer noch, dass der Konservatismus entgegen seines Beharrens auf Geschichte und Tradition erst durch die nachträgliche Reflexion und Rationalisierung von akut gefährdeten Werten entsteht.

Wie allgemein der Konservatismusbegriff heute politisch verwendet wird, belegt der Definitionsversuch des letzten Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber: „Konservativ bedeutet für mich auch, die Wirklichkeit als Wirklichkeit anzuerkennen. Wir müs-

sen bereit sein, die Menschen so zu nehmen, wie sie sind, und müssen aufhören, sie verformen zu wollen.“ Daran sieht man: Konservatismusvorwürfe wie noch vor 20-30 Jahren vermögen nicht mehr zu mobilisieren. Im Gegenteil, nun wird einerseits der SPD vorgeworfen, zu strukturkonservativ zu sein, andererseits wird der CDU/CSU geraten sich auf konservative Werte zu besinnen, um – wie FJS es unnachahmlich auf den Punkt brachte – als konservative Kraft „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“. Schon daraus lässt sich ersehen, dass es sich beim Konservatismus um einen stets wandlungsfähigen Begriff der politisch-sozialen Sprache handelt, der – unerlässlich zur Ordnung des politischen Feldes – hart umkämpft, wirkungsvoll zu besetzen, aber doch wesentlich relational zu verstehen ist.

Setzt man diese Eigenschaft des Relationalen voraus, zeigt sich schnell, wie schwer die Erträge einer Konservatismusforschung zu bündeln sind. Die altbundesrepublikanischen Konservatismusdeutungen sozialliberal orientierter Politologen wie Helga Grebing, Martin Greiffenhagen oder Kurt Lenk wirken – bei allen interpretatorischen Verdiensten im Einzelnen – aus heutiger Sicht leicht antiquiert, war doch ihre Motivation in erster Linie politisch.<sup>1</sup> Sie teilen dieselben Prämissen: Zunächst unterstellen sie eine erkennbare Kontinuität des Konservatismus, die sich im Denkstil und in der antidemokratischen Ausrichtung nachweisen lässt; gesucht wird nach einer über die Zeiten gültigen Konservatismus-Definition. Daraus ergibt sich eine Geschichte des Konservatismus als Maskerade und permanente Verpuppung des antiaufklärerischen Bösen. Weil sie die Geschichte des Konservatismus bis in die unmittelbare Gegenwart fortschreiben, ist es nur konsequent, dass sie implizit die fortwährende Bedrohung des Konservatismus für die liberale Demokratie zu belegen suchen. Von einem „verfassungspatriotischen Normalkonservatismus“ wollten diese Untersuchungen noch nichts wissen, denn das Erkenntnisinteresse lag damals – freilich nicht unbegründet – vor allem darin, die Traditionslinien der politischen Rechten bis in die Bundesrepublik hinein zu verdeutlichen.

Die Gefahr des technokratischen Konserva-

tismus im Design eines Ernst Forsthoff, Arnold Gehlen oder Helmut Schelsky, die Einflüsse Carl Schmitts und Hans Freyers, alles zeitweilige Sympathisanten des NS-Staates, bedurften damals ideengeschichtlich einer Kritik, wurden aber tendenziell übertrieben bzw. in ihrer politischen Wirksamkeit weit überschätzt. Dies zeigt sich insbesondere in der die 1970er und 1980er-Jahre andauernden Debatte um den Neokonservatismus, die sich auf eben genannte Exponenten konzentrierte, auch nach deren Ableben. Mit ihnen fielen andere, liberal ausgerichtete Philosophen und Politologen, die gegen den Zeitgeist der Neuen Linken opponierten wie Hermann Lübbe, Robert Spaemann, Wilhelm Hennis oder Kurt Sontheimer, unter das Verdikt, „ein intellektuell unerhebliches Reaktionsphänomen“ (Habermas) zu repräsentieren. Diese ideenpolitische Seite des Konservatismus bedarf weiterer Ausleuchtung, muss sie sich doch vom einseitigen Bezug auf das kontaminierte Gelände der politischen Rechten lösen. Erste Schritte zur Historisierung leitete diese liberal grundierte Spielart des Konservatismus bereits selbst ein. Die mittlerweile auf die 80 Jahre zugehenden Schüler des Münsteraner Philosophen Joachim Ritter (neben Lübbe und Spaemann vor allem Odo Marquard, Martin Kriele, Ernst-Wolfgang Böckenförde) pochen nachdrücklich auf ihre staatstragende Funktion in der alten Bundesrepublik. Die Stabilisierung des „Modernitätstraditionalismus“ zugunsten der liberalen Demokratie“, das war für Marquard „eine der wichtigsten Aufga-

<sup>1</sup> Grebing, Helga, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt am Main 1971; Greiffenhagen, Martin, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*. Mit einem neuen Text: „Post-histoire?“ *Bemerkungen zur Situation des „Neokonservatismus“* aus Anlaß der Taschenbuchausgabe 1986, Frankfurt am Main 1986; Lenk, Kurt, *Deutscher Konservatismus*, Frankfurt am Main 1989. Für eine Erweiterung dieser Perspektive sorgt die (allerdings für die Bundesrepublik sehr knapp ausgefallene) ausgewogene Überblicksdarstellung von Schildt, Axel, *Konservatismus in Deutschland*. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998. Abschied von bis dato vorherrschenden Deutungen des bundesrepublikanischen Konservatismus/Neokonservatismus nimmt auch Nolte, Paul, *Konservatismus in Deutschland*. Geschichte – und Zukunft?, in: *Merkur* 55 (2001), S. 559-571.

ben“ seiner Generation.<sup>2</sup>

Der wesentliche Bezugspunkt für die Politisierung der Ritter-Schüler bildet die Studentenrevolution und, wie Odo Marquard anlässlich des 100. Geburtstags seines Lehrers schrieb, „die sehr ähnlich absolvierte Replik auf die durch das Jahr 1968 symbolisierte Infragestellung der demokratischen Struktur der Bundesrepublik“.<sup>3</sup> Darauf antwortet eine Philosophie der Bürgerlichkeit, die die staatlichen Institutionen und die Verfassung geschützt sehen wollte sowie für Pragmatismus und Augenmaß plädierte: Verantwortung gegen Gesinnung, institutionalisierte Dezision gegen herrschaftsfreien Diskurs, Tradition und Sittlichkeit versus idealisierte Vernunft und Moralität. Die Beweislast trägt der Reformier, der beschleunigte Fortschritt verlangt kulturell nach Kompensationen, Ideologien aller Art ist mit Skepsis zu begegnen, so lauten die Glaubenssätze. Marquard, Kriele und Lübke haben in den letzten Jahren wieder an das liberalkonservative Gegengewicht zum (so empfundenen) neomarxistischen Zeitgeist der bleiernen 1970er-Jahre erinnert. „Die Bundesrepublik ist keine versäumte Revolution, sondern eine gelungene Demokratie“, so das von Marquard oft variierte Credo derjenigen, die in bundesrepublikanischer Perspektive zu Neokonservativen erklärt wurden. Nüchtern besehen findet sich bei diesen so genannten Neokonservativen jedoch viel mehr Übereinstimmung mit den antitotalitären *cold war liberals* vom Schlage eines Raymond Aron, aber keinerlei Kontakt zur konservativen Staatstheorie der Romantik, zum preußischen Etatismus oder gar zur Konservativen Revolution. Konservativ blieb allein die Gegnerfixierung, die zu Zeiten der bipolaren Welt, der studentischen Kulturrevolution, des Terrorismus und der jeweiligen Sympathisanten keine Orientierungsprobleme bereitete. Insofern – wenn man den Konservatismus als Relationsbegriff bewahren will – stellt sich die Frage: Was ist heute „konservativ“, nach dem Sieg der *cold warriors* über den ideologischen Gegner?

Der Publizist und Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung Alexander Gauland versucht in seiner „Anleitung zum Konservativsein“ eine Gegenwartsbestimmung konservativen Denkens. Ein kulturkritischer

Gestus durchzieht seinen kurzweiligen Essay, in dem er den Geltungsverlust von Werten, Ideen und Traditionen beklagt. Den im Kern optimistischen Modernitätstraditionalisten der gar nicht mehr so „skeptischen Generation“ hält er in altkonservativer Weise entgegen: „Nicht Kompensation allein kann die gesellschaftlichen Fliehkräfte bändigen, die Veränderungsgeschwindigkeit selbst muss vermindert werden.“ (S. 85) Hier spielt Gauland noch in altbewährter Weise die Rolle des Aufhalters. Gauland variiert in seiner Schrift alle gängigen konservativen Leitartikler-Topoi und setzt mit seinem Plädoyer für den historischen Sinn und die Behutsamkeit im Umgang mit Religion und Tradition keine überraschenden Duftmarken. Indes, da alles allgemein bleibt, wird auch selten klar, worin die Aufgabe des Konservativen heute liegen könnte. Mit Blick auf die Außenpolitik plädiert Gauland in der üblichen Weise für Realismus und nationale Interessen, den Rekurs auf Markt und Menschenrechte hält er für eine „intellektuelle Rebarbarisierung“, weil damit die „historischen Kräfte hinter blutigen Konflikten“ geleugnet würden (S. 49f.). Nicht ganz klar wird dem Leser, worin der konservative Reanimateur das Krisenlösungspotential vorgeblich konservativer Politik sieht, wenn denn die Geschichtsmächte enttarnt sind. „Das Konservative ist nicht

<sup>2</sup> „Ich bin ein Weigerungsverweigerer“. Ein Gespräch mit Odo Marquard, in: Ästhetik & Kommunikation 34 (2003), Heft 122/123 (Winter 2003), S. 77-81, hier S. 80; Zu den Grundschriften dieses Liberalkonservatismus sind vor allem zu zählen: Spaemann, Robert, Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie, Stuttgart 1977; Lübke, Hermann, Philosophie nach der Aufklärung. Von der Notwendigkeit pragmatischer Vernunft, Düsseldorf 1980; Ders., Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz 1987; Kriele, Martin, Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 1994, 5. Aufl. – Als Überblick vgl. auch Hacke, Jens, Skepsis und Kompensation. Rückblick auf eine liberalkonservative Intellektuellengeneration in der Bundesrepublik, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Bd. 156, 40. Jg., Heft 4, Dezember 2001, S. 18-27.

<sup>3</sup> Marquard, Odo, Positivierte Entzweiung. Joachim Ritters Philosophie der bürgerlichen Welt, in: Ritter, Joachim, Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel. Erweiterte Neuauflage. Mit einem Nachwort von Odo Marquard, Frankfurt am Main 2003, S. 442-456, hier S. 456.

---

ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt“ (S. 130), so echoet die Konservative Revolution durch den Text – für eine „Anleitung zum Konservativsein“ ist das ein wenig blass.

Als trauernder Konservativer gibt sich Gauland zu erkennen, wenn er die technokratische Akzeptanz der demokratischen Industriegesellschaft in der Bundesrepublik von der Inkaufnahme hoher kultureller Verluste begleitet sieht. Dafür verantwortlich ist auch die CDU, die nur noch insofern konservativ ist, „als sie die nach 1949 im Westen Deutschlands entstandene Ordnung bewahren will“. In dem Maße, in dem die Hegelsche Staatsmystik dem Funktionalismus des daseinsvorsorgenden Wohlfahrtsstaates gewichen ist, wurde der Rückzug in die technische Rationalität und die Ökonomisierung der Gesellschaft befördert. Damit wird die weitgehend säkularisierte CDU zur Wegbereiterin neoliberaler gesellschaftlicher Desintegration, gegen die der Konservative vergeblich den Mythos, die Geschichte und die kulturellen Möglichkeiten von Identität in Stellung bringen muss. In seinem Kampf gegen die Globalisierung findet sich der wahre Konservative, so Gaulands Suggestion, Seite an Seite mit *attac*, nicht aber in der CDU eines Friedrich Merz.

Zur Christlich Demokratischen Union hat der Bochumer Historiker Frank Bösch gleich zwei Bände bei der DVA vorgelegt: seine Dissertationsschrift „Die Adenauer-CDU“ sowie eine bis in die Gegenwart der Merkel-CDU reichende, übersichtliche Gesamtgeschichte der Partei „Macht und Machtverlust“ – ein Titel, der noch die Krise der spendenskandalgeplagten CDU zur Zeit der Veröffentlichung (vor der Wahl 2002) reflektiert. Zwar sieht auch Bösch die heutige CDU vor einem programmatisch-ideologischen Problem, weil sich die Integrationsformeln des Antikommunismus, der sozialen Marktwirtschaft und der bürgerliche Mitte zusehends abgenutzt und das „C“ rasant an Bedeutung verloren hätten. Insgesamt jedoch betont er die demokratisierende und gesellschaftsstabilisierende Kraft, die sie als „interkonfessionelle Sammlungspartei“ entfaltete. Sie war und ist ein „Erfolgsmodell“, dessen Geschichte, wie Bösch zu Recht bemerkt, bislang eher nebenbei erzählt worden ist, im Schatten des Wirtschafts-

wunders, der Westintegration und des übermächtigen Lenkers Konrad Adenauer. Diese Lücke ist nun durch die quellengesättigten, hervorragend geschriebenen und gut informierten Bände geschlossen worden. Auf einen ideologiebehafteten Konservatismusbegriff alter Prägung kann Bösch in seinen Untersuchungen zur CDU weitgehend verzichten; er spricht lediglich im allgemeinen Sinne von „konservativer Modernisierung“ und belegt einmal mehr, dass die Granden der CDU noch bis einschließlich Kiesinger die Etikettierung „konservativ“ auffallend mieden.

In Böschs Geschichtsschreibung der CDU spielen – tendenziell wahrscheinlich zu Recht – Intellektuelle und konservative Vordenker keine Rolle; die Partei bewegt sich inmitten der Gesellschaft, in ihren Verbänden und Vereinen, in der Kirche. Gezielt, aber keinesfalls konfliktfrei gelang es der Partei unter Adenauer, den konfessionellen Gegensatz auszugleichen und die zahlreichen bürgerlichen, aber auch rechtsextremen Splitterparteien zu absorbieren. Der Aufbau eines verdeckten Spendensystems ermöglichte – wie Bösch belegt – nicht nur eine fortschreitende mediale Professionalisierung der CDU-Kampagnen. Er ging Hand in Hand mit großzügigen Wahlgeschenken aus Regierungsmitteln, um Wählerklientele gezielt einzubinden. Machtmechanik und Machttechnik stehen für Bösch im Zentrum der Untersuchung von Parteiführung und Parteiorganisation, die wesentlich durch die Vorsitzenden geprägt wurden. Der Erfolg der Partei bemisst sich dann aus der Fähigkeit, gesellschaftliche Strömungen aufzunehmen, auf Trends zu reagieren, modern und flexibel zu sein, vor allem aber, eigene Mehrheiten in den Parteigremien zu organisieren. Bösch erinnert noch einmal nachdrücklich daran, wie sehr dies Helmut Kohl in der Rolle des Reformers in den 1970er-Jahren gelungen ist. Unter anderem durch ihn erlebte die CDU etwas verspätet ihr eigenes „1968“: Kohl erkannte frühzeitig, dass sich die Partei gesellschaftlich öffnen und den Schritt vom Honoratiorenverein zur lebendig diskutierenden Volkspartei vollziehen musste, als er mit programmatischen Köpfen wie Biedenkopf und Geißler eine transparente, organisierte Parteiführung etablierte, die soziale Frage thematisierte und auf Basismobili-

sierung setzte. Wie einschneidend der Kohleffekt war, wird daran deutlich, dass noch bis zu Adenauers Tod innerparteiliche Wahlen ebenso unbekannt waren wie Parteiprogramme.

Der versierte Machtanalytiker Bösch vermag in seinen Forschungen ausführlich zu belegen, wie sich die mit den Erfordernissen innerparteilicher Demokratisierung begründeten Reformvorhaben von Kohl sehr früh zur Befestigung von dessen eigener Machtposition instrumentalisieren ließen, ja ihrerseits weniger von Idealen, sondern von pragmatischen Interessen getragen wurden – mit dem mittlerweile bekannten Ergebnis, dass die von ihm vorgetragene Kritik an Adenauer 30 Jahre später in Gestalt „junger Wilder“ strukturell wiederkehrte. Dass dies kein alleiniges Problem der Union ist, kann man schon bei Robert Michels lernen, dessen klassische „Soziologie des Parteiwesens“ die Herausbildung von basisfernen Führungseliten als „ehernes Gesetz der Oligarchie“ beschrieb.

Gilt für die politische Landschaft der Bundesrepublik, dass die Union im Schatten der NS-Herrschaft ein gebrochenes Verhältnis zum politisch konnotierten Konservatismusbegriff hatte, so lässt sich der vorpolitisch-lebensweltliche Raum nahezu einschränkungslos mit dem Label „konservativ“ versehen. Das bestätigt ein weiteres Buch des staunenswert produktiven Historikers Bösch über „Das konservative Milieu“ vom Kaiserreich bis ins geteilte Nachkriegsdeutschland. Die erste Schwierigkeit ist freilich, dieses konservative Milieu erst einmal genauer einzugrenzen. Bösch tut dies, indem er sich von den ideengeschichtlichen Begriffsbestimmungen distanziert und eine „gesellschaftliche Großgruppe“ ausmacht, „deren ‚soziale Praxis‘ durchaus sinnvoll als ‚konservativ‘ definiert werden kann“. Diese „soziale Praxis“ schließt ein: 1. die „Hochschätzung christlich geprägter Werte und Bräuche“, 2. die „Verbundenheit mit der engeren und weiteren Heimat“ und 3. einen „Gesellschaftsentwurf, der eine harmonisch-berufständische und eher elitär geführte Gemeinschaft bevorzugt“. Bösch erkennt das Dilemma, dass sich diese Werte wandeln und „in verschiedenen historischen Konstellationen mit anderen konkreten Inhalten“ füllen können: „Die

Konservatismus-Definition umfasst folglich sowohl Menschen, die 1920 etwa für die Monarchie, die Bekenntnisschule und großdeutsche Ziele eintraten, als auch diejenigen, die fünfzig Jahre später für einen starken Kanzler, obligatorischen Religionsunterricht und den Anschluss der ehemals deutschen Ostgebiete plädierten.“ (S. 15) Wenn wir schließlich noch der Prämisse eines – aufgrund der „fragmentierten Lebenswelt“ des konservativ denkenden Menschen – „weichen“ Milieubegriffs folgen, dann wird klar, dass abseits der organisierten Arbeiterbewegung alles in Böschs Konzept eingepasst werden kann.

Die stets wünschenswerte klare Begriffsbestimmung, die Bösch in sozialhistorischer Manier anstrebt, muss somit scheitern, denn angesichts der Erosion der Sozialmilieus spätestens in den 1960er-Jahren, als die „zerrissene Welt des Sozialen“ (Honneth) immer unübersichtlicher geriet, lassen sich nur noch „Reststrukturen“ erkennen. Böschs abschließendes Plädoyer für „einen völlig neuen Milieubegriff“ dürfte sich daher als Quadratur des Kreises entpuppen – eine unlösbare Aufgabe (S. 227).

Allerdings tut der überzogene theoretische Rahmen dem Erkenntnisgewinn dieser Arbeit keinen Abbruch. Zwar scheint es problematisch, in den „konservativen Milieus“ die Vermittlung und Verfestigung eines großen „Weltanschauungsgebäudes“ zu sehen (S. 217) – bleibt doch die Frage, ob es das als solches jemals gab. Aber Böschs Quellenstudien zur lokalen Sammlungspolitik schärfen den Sinn für die Aporien der Modernisierung und für die Janusgesichtigkeit des (wie auch immer definierten) Konservatismus. Jenseits der Höhenkammdiskurse der Ideen- und Intellektuellengeschichte werden hier Politisierungsmuster beschrieben, die in der unmittelbar erfahrbaren regionalen Lebenswelt stattfanden, wie dort auf gesamtgesellschaftlichen Wandel reagiert und dieser teilweise selbst befördert wurde. Eine Quintessenz der Untersuchung ist auch, dass man vom Verständnis eines normativen Modernisierungsprozesses, dem sich traditionale, rückwärtsgewandte, voraufklärerische Strömungen hindernd entgegenstellten, Abstand nehmen muss. Böschs Blick auf Kontinuität und Gleichschaltung des konservativen Mi-

---

lieus im NS unterstreicht diese Ambivalenz. Einerseits hatte die nach 1918 einsetzende rechtskonservative Mobilisierung gegen die Republik das bürgerlich-liberale Moment auf lokaler Ebene nachhaltig geschwächt und damit den Staat destabilisiert. Andererseits erwies sich das konservative Milieu in seinem Traditionsbewusstsein vielfach als Bollwerk gegen die Ansprüche der NSDAP, deren Mitglieder Mühe hatten, in seinen Institutionen und Vereinen Fuß zu fassen. Das täuscht nicht darüber hinweg, dass sich die NSDAP so eng an das konservative Milieu anlehnte, „dass sie als eine der verschiedenen Schwesterparteien des stets fragmentierten konservativen Milieu erschien“ (S. 132). Nach der Gleichschaltung dienten die Vereine „zugleich als konservative Nischen und als wesentliche Träger des Nationalsozialismus“ (S. 160). Diese Zwiespältigkeit verbietet Pauschalisierungen.

Konzentriert man sich auf das Sozialmilieu, so wird deutlich, dass die für den parteipolitischen und intellektuellen Konservatismus entscheidende Zäsur von 1945 auf der Milieuebene viel weniger Bedeutung hat. Sozial- und mentalitätshistorisch kann man die „Gesellschaft in Unsicherheit“ (Herbert) von 1900 bis 1960 als Einheit betrachten und muss den ausschlaggebenden Modernisierungsschub in den „dynamischen Zeiten“ der 1960er-Jahre verorten. Seit dem Ende dieses Jahrzehntes kam es dann auch zur merklichen Liberalisierung eines Konservatismus, der sich nicht mehr in erster Linie lokal auf seine traditionellen sozialen Trägergruppen stützen konnte, sondern sich im Angesicht der Neuen Linken als Grundgesetzpartei verstand. Dann hieß es nicht mehr „Konservative gegen die Demokratie“ (Grebing), sondern Liberal-konservative für die liberale Verfassungsordnung.

Weniger ein Beitrag zur Ideen- oder Sozialgeschichte des Konservatismus als vielmehr eine Untersuchung zur wilhelminischen Wahl- und Parlamentskultur liefert Matthias Alexanders akribisch aus den Quellen gearbeitete Geschichte über „Die Freikonservative Partei 1890-1918“. Detailliert beschreibt Alexander den Abstieg der bismarcktreuen Freikonservativen, nachdem der Lotse von Bord gegangen war, und rührt damit am Dilemma eines pragmatisch auf Regie-

rungsunterstützung bedachten Konservatismus. „Unter den freikonservativen Parlamentariern befand sich niemand mit theoretisch-philosophischen Ambitionen, sie hielten – darin also gut konservativ – auf Theorieferne“ (S. 33), konstatiert Alexander. Es dominierte das Ideal der Realpolitik. Dementsprechend steht die Analyse der Machtmechanik des elitendominierten Parlamentsalltags mit samt der Vorabsprachen und Kompromissaushandlungen im Zentrum der Untersuchung. Diese Perspektive muss insgesamt unbefriedigend bleiben, fehlt ihr doch die Rückbindung an gesellschaftliche Prozesse und Diskussionen ebenso wie an diejenigen Interessen, die durch die sozialen Trägerschichten der Freikonservativen artikuliert wurden, bevor es zu Kompromissen kam. Deshalb vermisst man in Alexanders überwiegend auf die handelnden Parlamentarier konzentrierten Darstellung Aspekte, die man von einer Parteiengeschichte erwartet hätte, respektive das reziproke Verhältnis zwischen Partei und Wahlvolk – oder es hätte einer Problematisierung dieses fehlenden Verhältnisses bedurft, um den Niedergang der Partei abseits von funktionalen Argumenten zu erklären. Angesichts dieser eingeschränkten Perspektive hält sich für diejenigen der Lektürespaß in Grenzen, die nicht unmittelbare Forschungsinteressen mit den Parlamentsdebatten um die Einkommenssteuerreform von 1890/91 (S. 198-213, 230-240), die Berggesetznovelle von 1905 (S. 292-299) oder um die gescheiterte preußische Wahlrechtsreform von 1910 (S. 348-355) verbinden.

Abschließend noch ein Blick auf neuere Arbeiten über den angelsächsischen Konservatismus, dessen Entwicklung in mancherlei Hinsicht den Vergleich mit den deutschen Verhältnissen lohnt. Dominik Geppert erforscht in seiner Dissertationsschrift die Formierungsphase für „Thatchers konservative Revolution“, nämlich ihren Aufstieg zur konservativen Parteichefin und die Herausbildung ihrer „Weltanschauung“ bis zur Wahl ins Amt der Premierministerin 1979. Damit gibt sich der Baring-Schüler explizit als Intentionalist (S. 22) zu erkennen: In einer Mischung aus Politik- und Ideengeschichte verfolgt er Thatchers Aufstieg zur charismatischen und führungsstarken Staatslenkerin

und beschreibt ihre Durchsetzungskraft auf dem Weg nach oben in einer männerdominierten Welt. In Thatchers „Kampfzeit“ wurde also das „intellektuelle Fundament gelegt, auf dem die spätere Politik ruhte“, und „die Grundgedanken der Programmatik erarbeitet“, so Gepperts Sicht auf die Frau, die den Sozialismus „mit Stumpf und Stiel auszurotten“ bestrebt war (S. 418f.). Fast schon beruhigt nimmt man zur Kenntnis, dass es sich bei Thatchers „konservativer Revolution“ um „keinen plötzlichen Putsch“ handelte (S. 19). Gepperts personenzentrierte und oft unverhohlenen sympathisierende Perspektive will provozieren, und nicht umsonst hat der Autor in jüngster Zeit Thatchers „Rosskur“ essayistisch als Allheilmittel zur Kurierung des bundesrepublikanischen Reformstaus anempfohlen.<sup>4</sup> Sich daran stören hieße, die Vorzüge dieser mit Elan geschriebenen und gleichzeitig auf solider Quellenbasis beruhenden Studie zu verkennen, die hervorragend über das geistige Klima im England der 1970er-Jahre informiert.

Woraus setzt sich Thatchers „politische Philosophie“ zusammen? Welche Einflüsse bestimmten ihr politisches Handeln? Wer wie Thatcher Hayeks „Constitution of Liberty“ mit den Worten „This is what we believe!“ auf den Tisch knallt und als Studentin dessen „Road to Serfdom“ zu den intellektuellen Initiationserlebnissen zählte, lässt eigentlich wenig Raum für Spekulation. Trotzdem, es lohnt sich, die geistigen Wurzeln des Thatcherismus, der auch für Geppert mehr war als die Überzeugungen seiner Protagonistin, zu rekonstruieren und zum britischen Konservatismus ins Verhältnis zu setzen. Dann wird deutlich, auf welche geschickte Weise die Thatcherites die wirtschaftsliberalen und individualistischen Strömungen mit einem Sinn für Konvention, Tradition, Autorität, aber auch Nationalbewusstsein und Gemeinschaftstreben verbunden haben. Die Tories unter Margaret Thatcher reagierten mit ihrer entschlossenen Gegnerschaft zum Keynesianischen Konsens der englischen Nachkriegsgesellschaft auf die absehbare Überdehnung des Wohlfahrtsstaates und predigten eine schonungslose Umkehr zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts.

Der neoliberale Ansatz vermischte sich bei

Thatcher mit dem Glauben an eine zutiefst protestantische Ethik des Kapitalismus. Die Prägungen ihrer methodistischen Religiosität ebenso wie einritisches Sendungsbewusstsein ermöglichten ihr, die eigenen politischen Ziele glaubwürdig und engagiert zu kommunizieren. Darin liegt auch der Unterschied zum monetaristischen Neoliberalismus: Thatcher knüpfte an konservatives Gemeinschaftsdenken an und war keineswegs nur eine leidenschaftslose Handtaschenträgerin. So ist Thatchers Ausspruch „who is society? there is no such thing“ oft als einseitiges Bekenntnis zum Neoliberalismus fehlinterpretiert worden. Der Mensch verwirklicht sich zwar nicht in einer abstrakten, auf distributiver Gerechtigkeit beruhenden Arbeitsgesellschaft, aber – wie Thatcher nicht müde wurde, zu predigen – benötigt durchaus die unmittelbaren sozialen Bindungen in Familie, Gemeinde und Verein, um persönliche Erfüllung zu finden. Der Staat hatte also die positive Aufgabe, „die Initiativkräfte der Individuen“ zu fördern und damit „die natürlichen Energien der Bürger“ freizusetzen (S. 127), gleichzeitig jedoch das Feld des Sozialen vor Politisierung zu schützen.

Entgegen der verbreiteten konservativen Theoriefeindschaft erkannte Thatcher – dem Zeitgeist durchaus entsprechend – die Notwendigkeit, den „battle of ideas“ gegen die Linke zu bestehen: „We must have an ideology. The other side has got an ideology they can test their policies against. We must have one as well.“ (S. 293) Geppert zieht sich insofern elegant aus der Affäre, als er diesen Test nicht mehr vornimmt. Dabei offenbaren sich nämlich die inhärenten Widersprüche eines politischen Programms, das den starken Staat in Sachen innerer Sicherheit mit einem Rückzug des Staates aus der Ökonomie zu vereinbaren sucht, das bereits erodierte Traditionsbestände als Leitwerte postuliert, ohne einen Sinn für soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl zu entwickeln. Thatchers Politik gegen den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens ließ das Pendel denn auch nach zehn Jahren deutlich in die andere Richtung ausschlagen und mündete in neue Krisen. Ihre Regierungszeit etablierte eine soziale Käl-

<sup>4</sup> Geppert, Dominik, „Maggie Thatchers Rosskur“. Ein Rezept für Deutschland, Berlin 2003.

te, die sich in einer neuen Massenarmut niederschlug und durch die erschreckende Zahl von 370.000 Obdachlosen im Jahr 1989 dokumentiert wurde. In dieser Hinsicht weist Thatchers „Rosskur“ keinen Königsweg. Geppert scheint zu bedauern, dass innerhalb des politischen Koordinatensystems der Bundesrepublik eine „radikale Abkehr von den politischen Rezepten der Vergangenheit“, die lange Zeit nicht notwendig schien, heute nicht zu realisieren ist (S. 432).

Von intentional realisierten politischen Weltanschauungen würde der differenziert argumentierende Oxforder Historiker E.H.H. Green nichts wissen wollen. Gleichwohl ist Green mit seinem deutschen Kollegen Geppert einer Meinung, dass die ideologische Bedeutung von Thatchers Aufstieg in der bisherigen Forschung unterschätzt worden ist (S. 214f.). Allerdings legt Green ein stärkeres Gewicht auf die situativ angemessene taktische Prävalenz von unterschiedlichen Ideologemen, aus denen die Tories sich bedienten. Aus seiner notwendig pluralisch betitelten Essaysammlung „Ideologies of Conservatism“ ist zu lernen, dass die ökonomischen Denkrichtungen für den englischen Konservatismus ebenso wichtig sind wie eine Präferenz für die „civil society“ gegenüber dem Staat. Thatchers Angriff auf den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens war deshalb keineswegs besonders innovativ, sie baute damit auf nie verloren gegangenen konservativen Leitmotiven auf. „Set the people free“ tönnten die Tories auch schon 1950/51, während das pragmatische Arrangement mit dem Wohlfahrtsstaat und der „mixed economy“ oberflächlich blieb. Beides wollte man nur so lange erhalten, wie man es sich leisten konnte – von emphatischem Glauben war eine solche Verbindung nie getragen. Aus dieser Perspektive ist auch der vorgebliche innerkonservative Kampf um Ideen, der Thatchers Aufstieg vermeintlich begleitet habe, zu relativieren: „Thatcherism existed long before Margaret Thatcher became leader of the Conservative party.“ (S. 238)

Green verdeutlicht die Wechselbeziehungen, die libertäre und paternalistische Impulse im englischen Konservatismus miteinander eingehen, wenn um das Verhältnis von Freiheit und Ordnung gerungen wird. Es scheint

deshalb schwierig, das politische Feld binär zu codieren. Was im Hinblick auf die deutschen Konservativen von jeher galt – nämlich ihre politische Programmatik hinsichtlich ihres Gesellschaftsbildes und ihrer kulturellen Vorstellungen zu analysieren –, dafür wirbt Green, der jenseits der eigentlich auf den Neoliberalismus zielenden Alternative zwischen Markt und Staat die „weicheren“ Themen zu Analyse kategorien erheben möchte. Eben weil auch Konservative bestimmte gesellschaftliche Zielvorstellungen besaßen, kamen sie nicht umhin, auf Teilgebieten ebenso für staatliche Planung einzutreten wie die Labour Party. So kommt der Schutz des Eigentums und die Förderung von Eigenheimen, wie Green belegt, nicht um staatliche Subventionspolitik herum und steht damit im Widerspruch zum vielfach geforderten Rückzug des Staates. „Free economy and strong State“ bleibt als konservativer Glaubenssatz zutiefst widersprüchlich, gerade dann, wenn man – wie Thatcher – vom festen Glauben an die „agencies of civil society as fulcrum of social life“ erfüllt ist (S. 278). Das Problem liegt allein darin, dass Glaube allein auf die Dauer nichts zu nützen scheint. Wie der Staat die Voraussetzungen, von denen er lebt, wenn nicht garantieren, so doch lebendig erhalten kann, das wiederum ist nicht nur ein konservatives Problem.

Mit der Erosion traditioneller und religiöser Orientierungshilfen, die nicht wiedererweckt werden können, stellt sich – wie noch bei jeder Arbeit zum Konservatismus (die ja stets von seiner Krise ausgehen) – die Frage nach der Zukunft des Konservatismus. Einer der profundesten konservativen Denker des 20. Jahrhunderts, Michael Oakeshott, gab die lange vorherrschende britische Antwort auf dieses Problem: Der Konservatismus sei eben keine Weltanschauung oder Doktrin, sondern eine Veranlagung. Diese gleichsam anthropologische Wendung umriss er als eine „Politik der Skepsis“; sie ist sich stets ihres vorläufigen Charakters bewusst, repräsentiert durch ihre Beharrungskraft aber das notwendige Gegengewicht zu einer dynamischen Politik der Zuversicht.<sup>5</sup> Green meint nun, dass diese skeptische, auf den britischen Traditionen des Com-

<sup>5</sup> Vgl. Oakeshott, Michael, Zuversicht und Skepsis. Zwei Prinzipien neuzeitlicher Politik, Berlin 2000.



mon law (rechtlich) und des Common sense (ethisch) beruhende Position dem Zerstörungswerk Thatchers zum Opfer gefallen ist: „As the Conservative Century came to an end, it seemed that even if the Conservative Party had survived, Conservatism had not.“ (S. 290)

Dieser ideengeschichtliche Befund mag dramatisiert sein. Er weist aber zumindest auf das gegenwärtige Bedürfnis hin, auch in der liberalen Demokratie zwischen klaren politischen Alternativen wählen zu können. Solche sind augenblicklich weder in Deutschland noch in Großbritannien klar zu erkennen, denn parallel zur Liberalisierung des Konservatismus ließe sich generell auch die Geschichte der liberalen Durchdringung der Sozialdemokratie erzählen. Trotzdem – und dies führt zur Ausgangsüberlegung zurück – kann man die Prognose wagen, dass der Konservatismus als Relationsbegriff überlebt, solange in den Parlamenten links und rechts Platz genommen wird. Oft totgesagt, hat der Konservatismus viele Comebacks erlebt, sobald Bewegung in politische Debatten kam. In dem Maße, in dem der Konservatismusbegriff ein Bestandteil der politisch-sozialen Sprache bleibt, der bei Politikern und bei Bürgern auf ein gewisses Vorverständnis trifft und der Kommunikation dient, verlangt er stets neue Justierung, neue Klärung seines Bedeutungsgehalts. In der ideengeschichtlichen Forschung heißt dies aber auch, dass Kontinuität und Wandel gleichermaßen in den Blick geraten müssen. Weder hilft die einseitige Fixierung auf vermutete antidemokratische konservative Traditionen, die man in der Gegenwart zu enttarnen hofft, noch ist es möglich, geschichtslose Analysen jeweiliger neuer rechter Bewegungen vorzunehmen. Für den Ideenhistoriker scheint es nur die Wahl zu geben, entweder aus den tagespolitischen Debatten einen Begriff des Konservativen zu konstruieren, der Momentaufnahme bleibt, oder dekonstruktivistisch über das Potential der vorgefundenen ideenpolitischen Verknüpfungen Aufschluss zu geben, ohne sich je festzulegen zu können.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Green, Ewen H. H.: *Ideologies of Conservatism. Conservative political Ideas in the Twentieth Century*. Oxford 2002, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Alexander, Matthias: *Die Freikonservative Partei 1890-1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie*. Düsseldorf 2000, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Mannheim, Karl: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt am Main 2003, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Gepert, Dominik: *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979*. München 2002, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969*. Stuttgart 2001, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Bösch, Frank: *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. München 2002, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Bösch, Frank: *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik (1900-1960)*. Göttingen 2002, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.

HistLit 2004-2-056 / Jens Hacke über Gauland, Alexander: *Anleitung zum Konservativsein*. München 2002, in: H-Soz-Kult 24.04.2004.